

Michael Krummacher, Viktoria Waltz

Interkulturelle Konzepte: ‚Best Practice‘ in Essen und Solingen

Migranten sind die zentralen Opfer des Strukturwandels der letzten Jahrzehnte, vor allem ihre Arbeitsplätze sind verschwunden. Schwerstarbeit und einfache Arbeit haben keine Perspektive mehr. Altindustrieregionen wie das Ruhrgebiet sind dafür ein zentrales Beispiel. Aber Migranten sind nicht mehr nur eine homogene Gruppe von einfachen Arbeitskräften. Ausdifferenzierungen sind sichtbar, ein kleiner Mittelstand hat sich herausgebildet, wenn auch die strukturelle Benachteiligung die gesamte Gruppe immer noch als mehrheitlich benachteiligt charakterisieren lässt: im Arbeitsbereich, im Ausbildungsbereich, im Wohnbereich.

Die Beseitigung der strukturellen Defizite ist eine aktuelle Herausforderung; vor allem die benachteiligten Stadtteile, in denen noch immer viele MigrantInnen leben, müssen aufgefangen werden durch eine Politik, die im Rahmen der Gesamtstadt diesen Stadtteilen eine Chance zur Stabilisierung und Qualifizierung gibt.

Aber lässt sich unter den im Strukturwandel gegebenen Bedingungen knapper Ressourcen in den Kommunen Lebensqualität entwickeln? Was sollen wir unter Lebensqualität verstehen? Basislebensbedingungen? Gute Wohnqualität? Ein interessantes Umfeld? Arbeiten, Wohnen und Freizeit? Kulturelle Hochleistungsangebote? Gute Bildungsangebote? Ein internationales Flair? Und wer kann eine entsprechende Entwicklung tragen?

Unsere zentrale These ist, dass die Städte angesichts der demografischen Entwicklung auf die bestehenden und zukünftigen Potenziale der MigrantInnen angewiesen sind. Dies muss erkannt und berücksichtigt werden. Das bedeutet auch, dass eine bewusste Politik für die Beteiligung und Förderung der Migranten einsetzen muss. Diskriminierung und Ethnisierung sozialer Spannungen müssen aus dem Repertoire kommunaler Politik verschwinden, die aktuellen Diskussionen um Parallelgesellschaften und den Islam schüren Konflikte statt sie zu beseitigen. Wir gehen von folgendem aus:

- (Nur) die Schaffung einer sozial soliden und gesicherten Lebenslage in den großen Städten, die die gesamte Stadtgesellschaft einschließt, schafft soziale Nachbarschaften und ermöglicht eine zivile Politik im Umgang mit dem Fremden, im Umgang mit dem Ungewöhnlichen und Anderen – dazu müssen sich die Kommunen bekennen und Signale auf höchster Ebene setzen.

Auszug aus:

Ivonne Fischer-Krapohl, Viktoria Waltz (Hg.) (2007): Raum und Migration
Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen; Bd. 128

- Wenn die Kommunen dafür nicht sorgen (können), dass Chancengleichheit für alle besteht, ihre Lebenslage in ihren jeweiligen Umwelten zufrieden stellend zu gestalten (das schließt ein: Wohnen, Arbeiten, Ausbilden und politisch und kulturell an der Gesellschaft Teilhaben-Können) – dann werden ihre Mittel aufgebraucht für die Bekämpfung der Folgen wie Armut, Vandalismus, Kriminalität, Abwanderung von stabilen Schichten, und hohe Kosten und Verluste werden eingefahren; um dies zu verhindern kann und muss Stadtplanung und Stadtentwicklung die entsprechende Umwelt und den nötigen Raum garantieren.
- Die Kommunen können es sich nicht mehr leisten, die Ressourcen und Potenziale der MigrantInnen brachliegen zu lassen, die bereits initiativ sind und die sie betreffenden sozialen Probleme seit Jahren in Selbsthilfe in Angriff genommen haben; sie haben Ressourcen, in den typischen Quartieren am Stabilisierungsprozess teilzunehmen und diesen aktiv mitzugestalten – nur ein soziales Umfeld kann sozialen Zusammenhalt stärken; eine Öffnung und Kompetenzerweiterung im Migrationsbereich ist deshalb gerade in den Städten geboten.

Die Städte Essen und Solingen haben sich diesen Prinzipien schon verbunden und bereits seit den 1990er Jahren offensiv Stadtentwicklungspolitik mit dem Thema ‚Migration‘ betrieben. Diese Ansätze sollen hier noch einmal vorgestellt werden – nicht im Sinne von Rezepturen, sondern zur Anregung, ebenso vorzugehen und gesamtstädtische Konzepte der Integration und Migration zu entwerfen und zu beschließen.

1. Migration als Querschnittsaufgabe, das Essener Modell

„Ziel ist es, ein gemeinsames Leben und Lernen von Deutschen und Nichtdeutschen unter Einbezug ihrer unterschiedlichen Lebenserfahrungen zu ermöglichen und ihre Handlungskompetenzen und Erfahrungsmöglichkeiten so zu erweitern, dass ein Miteinander gefördert und die Isolation und das Misstrauen untereinander überwunden wird.“

So das Leitbild der Stadt Essen zu einem 1999 im Rat der Stadt beschlossenen ‚Interkulturellen Konzept‘ (Stadt Essen 1999: 9). Dieses Konzept war das Ergebnis eines zweijährigen Planungsprozesses (siehe Abbildung 1).

Basierend auf einem komplex angelegten Sozialbericht sollten bei einem ‚Höchstmaß an Integration, Kooperation und Partizipation der beteiligten Akteure‘, zentrale Handlungsfelder und Projektbausteine

Abb. 1: Planung und Prozessverlauf der Konzeptentwicklung und Beschlussfassung



Quelle: eigene Darstellung nach Krummacher 1999: 45 sowie MASSKS 2000: 13

ermittelt werden. Der 1996 erstellte Sozialbericht hatte die für Großstädte typischen Problemlagen von Einwandererfamilien in den typischen benachteiligten Stadtvierteln deutlich herausgearbeitet und zu folgenden Zielen des erstrebten Handlungskonzeptes geführt:

- Verbesserung der Lebenslagen und damit der Integrationsbedingungen,
- Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens,
- Entwicklung neuer Handlungsansätze in der Stadtentwicklung,
- weitgehende Konsens- und Vertrauensbildung zwischen den beteiligten Akteuren.

Unter den beteiligten Akteuren und Institutionen waren neben Mitgliedern des Ausländerbeirates und Vereinen von Zuwanderern die Ratsparteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen und die Wohlfahrts- und Jugendverbände beteiligt, hinzu kamen die einschlägigen Stadtämter und Behörden wie das Arbeitsamt und die Polizei. Gemeinsame Arbeitsgruppen wurden zu folgenden Themen gebildet:

- Arbeitsmarktintegration, Beschäftigung, Qualifizierung von Migranten,
- Kinder- und Jugendarbeit,
- Soziale Beratung und Betreuung von ausländischen Senioren,
- Nichtdeutsche Jugendkriminalität,
- Interkulturelle Konflikte,
- Schulsituation von nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen,
- Elementarerziehung,
- Wohnsituation nicht-deutscher Haushalte,
- Qualifizierung und Beschäftigung nicht-deutscher Jugendlicher und jugendlicher Flüchtlinge.

Vier Handlungsansätze kristallisierten sich schließlich heraus:

1. Verbesserung des Informations- und Beratungssystems,
2. Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung,
3. Förderung und Ausbildung und Verbesserung der Ausbildungschancen nichtdeutscher junger Menschen,
4. Förderung und Stabilisierung der Selbständigkeit.

Mit Ratsbeschluss wurden Ziele, Maßnahmenvorschläge und Schlüsselprojekte als Arbeitsauftrag der Verwaltung übergeben, so zum Beispiel der Aufbau eines stadtteilnahen Beratungsnetzes mit ausländischen Multiplikatoren, die Entwicklung mehrsprachiger Informationsmaterialien zum dualen Ausbildungssystem oder Projekte wie ‚interkultureller Theaterzug‘ – ‚Kultur in vollen Zügen‘, ‚Ausbildung junger Migranten zu examinierten Altenpflegern‘ oder auch ein ‚Sensibilisierungsworkshop Existenzgründung‘ und die ‚Sprachförderung im Rahmen eines Stadtteilprojektes‘. Die Dezernentenkonferenz folgte mit einem Beschluss zur ‚interkulturellen Orientierung der Stadtpolitik‘ und im Mai 1999 wurde die Umsetzung des ‚Interkulturellen Konzepts‘ eingeleitet. Einer Steuerungsgruppe unter Leitung der RAA¹ Essen wurde die Prozessverantwortung, Evaluation und eine jährliche Berichterstattung (Controllingverfahren) übertragen (vgl. MASSKS 2000; Krummacher 1999).

An zentraler Stelle steht in diesem Konzept die Sprachförderung. Mehrsprachigkeit von deutschen und Migrantenkindern, Nachqualifizierung von Erzieherinnen und die Kombination mit Elternarbeit sind elementar. Ein weiterer Schwerpunkt ist inzwischen die Arbeit in Stadtteilen und der Umgang mit Konflikten vor Ort sowie eine Personalpolitik, die bei Neueinstellungen auf interkulturelle Erfahrung und Mehrsprachigkeit setzt. Was das so genannte Controlling angeht, leistet die Stadt Essen Pionierarbeit in der Entwicklung von Indikatoren, die den Erfolg messbar machen sollen (vgl. Isoplan Consult (2002)).

Stadtplanung kommt in dem Konzept eher vermittelt vor. Bei allen Planungsiniciativen in relevanten Stadtquartieren mit hohem Anteil an Zuwanderern dient das ‚Konzept für interkulturelle Arbeit‘ als Basis für spezielle Maßnahmen, Initiativen oder Förderanträge (Margarete Meyer in einem Interview, Studienprojekt A 13 (2002/2003)).

Abb. 2: Leitbild und zentrale Querschnittsaufgaben

- 1 Initiative: **Ratsbeschluss** zur Erarbeitung eines Konzeptes für die künftige interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen
- 2 Einrichtung einer **Projektgruppe** der Verwaltung (Oktober 1996)
- 3 **Planung** des Prozessverlaufs und **Sozialbericht** zur Lebenssituation von nicht-deutschen EinwohnerInnen in Essen (Oktober 1996-Februar 1997)
- 4 **Auftaktveranstaltung** des Akteureforums „Konzept interkulturelle Arbeit“ (März 1997)
- 5 Konstituierung von themenzentrierten **Arbeitsgruppen** und der erweiterten Projektgruppe bzw. Steuerungsgruppe (April-September 1997)
- 6 Erarbeitung von **Konzeptbausteinen** und des Gesamtkonzeptes (bis Oktober 1998); Begleitforschung im Auftrag des MASSKS-NRW (Oktober 1997-April 1999)
- 7 **Fachtagung** des Akteureforums „Konzept Interkulturelle Arbeit“ zur Beratung und Verabschiedung des Gesamtkonzeptes (Januar 1999)
- 8 Einbringung und **Beratung** des Gesamtkonzeptes in Ausländerbeirat, Ausschüssen und dem **Stadtrat** (Februar-April 1999)
- 9 **Befürwortender Beschluss** des Stadtrates, Ratsauftrag zur Umsetzung mit Richtlinien für ein Controllingverfahren (28.04.1999)
- 10 Vorlage des **Schlussberichtes** der Begleitforschung (Ende April 1999)
- 11 **Abstimmung der Umsetzungsprioritäten** und Umsetzung (ab Mai 1999)
- 12 Jährliche **Berichterstattung** zum Stand der Umsetzung
- 13 **Änderungen und Fortschreibung** des Konzeptes

Quelle: eigene Darstellung nach MASSKS 2000: 21

2. Das Solinger ‚Interkulturelle Gesamtkonzept. Vision Zusammenleben 2010‘: Migration und neue Felder – Gesundheit, Jugend, Wohnen und Beschäftigung

Solingen hat nach den dramatischen Ereignissen von 1993² diverse Veränderungen und Projekte im Bereich Migration entwickelt und in Folge ein Amt ‚Ausländer-Beauftragte(r)‘ in der Verwaltung eingerichtet. Solingen war die erste Stadt in Nordrhein-Westfalen, die mit einem Ausschuss für Zuwanderung experimentierte. Darüber hinaus verfügte Solingen über einen zentralen Steuerungsdienst ‚Stadtentwicklung‘ mit querschnittsorientierter Stabsfunktion, dessen innovative Rolle im Jugendbereich und (damit automatisch) im Migrationsbereich bereits herausragend war (vgl. Krummacher/Waltz 2002: 15).

Im Rahmen eines 1993 entwickelten ‚Kommunalen Handlungsprogramms‘ wurde eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen gefordert und nach mehreren Jugendkonferenzen ein Jugendstadtrat gegründet. Nach erfolgreichen Projekten mit Jugendlichen im Stadtteil Solingen-Fuhr und im Projekt Innenstadtgestaltung sowie nach Überprüfung des Handlungsprogramms wurden im Jahre 1999 das Ressort 4 (Schule, Kultur, Sport, Einwohnerwesen und Migration) und die damals neu eingerichtete Stelle der Ausländerbeauftragten mit der Erarbeitung eines ‚interkulturellen Gesamtkonzeptes‘ beauftragt.

Auch hier wurde ein diskursiv-partizipatorischer Arbeits- und Beratungsprozess angestrebt. Aufbauend auf den Erfahrungen der Stadt Essen wurde der Zeitrahmen auf ein Jahr beschränkt, die Arbeitsbereiche wurden auf vier zentrale Schwerpunkte konzentriert:

- Beschäftigung,
- Wohnen,
- Gesundheit,
- Jugendhilfe/Schule, später ergänzt durch eine Untergruppe ‚Sprache‘.

Beteiligt waren auch hier jeweils die entsprechenden Stadtämter, VertreterInnen der sozialen und städtischen Organisationen und Initiativen, Immobilienwirtschaft, IHK, Gewerkschaften etc. sowie Vereinsvertreter der Zuwanderer und schließlich der Zuwanderungsausschuss.

Wirklich neu war die Arbeit der Gruppe Gesundheit, in der MitarbeiterInnen aus Gesundheitsdiensten, Wohlfahrts- und Beratungsstellen, Kindertagesstätten und Krankenhäusern Erkenntnisse und vor allem ungelöste Fragen zusammentrugen. Der Prozess wurde gesteuert durch eine Koordinierungsgruppe, bestehend aus:

- den ModeratorInnen der vier Arbeitsgruppen,
- der Ausländerbeauftragten,
- dem Vorsitzenden des Zuwanderungsausschusses und
- zwei beratenden Wissenschaftlern.

Der Prozess begann im Frühjahr 2000 mit einer Auftaktveranstaltung, dem sogenannten 1. Akteureseminar ‚Interkulturelle Stadtpolitik und Integration‘, in dem ein breiter Akteurskreis unter Teilnahme vieler im Migrationsbereich aktiven MigrantInnen über Probleme, Konzepte und Ziele der Konzeptentwicklung diskutierte und entscheidende Beiträge dazu lieferte. In einem 2. Akteureseminar wurde der Zwischenbericht vorgelegt. Hier wurde z.B. für die Arbeitsgruppe Wohnen als Ergänzung zum Konzept eine Befragung unter BewohnerInnen eines Stadtteils beschlossen. Den Abschluss bildete ein 3. Akteureseminar, in dem den Beteiligten die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen, aus der Wohnbefragung und aus den Interviews mit ExpertInnen vorgestellt und die zentralen Aussagen für das interkulturelle Konzept festgelegt wurden.

Das Leitziel des Interkulturellen Gesamtkonzeptes ‚Vision Zusammenleben 2010‘ wurde darin folgendermaßen formuliert: Ziel ist die „Interkulturelle Orientierung der Stadtpolitik als Querschnittsaufgabe, ein prozesshafter Ausbau integrationsfördernder Angebote und die Verstärkung des interkulturellen Dialogs in der Bevölkerung“.

Zum Thema Integration verpflichtet sich die Stadt entsprechend:

„Wenn Zuwanderer/innen in das Leben einer Stadt integriert werden sollen, benötigen sie Ansprechpartner, Sprach- und Bildungsangebote, Wohnraum, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, religiöse Angebote und einen offenen Dialog mit der einheimischen Bevölkerung“ (Stadt Solingen 2001).

Im Dezember 2001 beschloss der Rat der Stadt Solingen einstimmig das interkulturelle Gesamtkonzept mit folgenden Grundzielsetzungen:

- Integrationsfördernde Maßnahmen,
- Interkulturelle Dimension in den Ämtern,
- Einbeziehung der Mehrheitsbevölkerung,
- Aktive Partizipation der Migrantinnen und Migranten;

mit folgender Umsetzungsstrategie

- „Kommunale Handlungsspielräume optimal nutzen,
- Fehlentwicklungen frühzeitig entgegensteuern,
- Zukunftsorientierte positive Akzente setzen,
- Schwerpunkte setzen und eine prozesshafte Weiterentwicklung der Aktivitäten in den Handlungsfeldern, in denen zügige Umsetzungserfolge nötig und möglich sind“.

(Krummacher/Waltz 2002: 31, di Bernardo 2001).

Für die Umsetzung wurde erneut eine spezielle Verwaltungsgruppe eingerichtet, in der auch die Wohlfahrtsverbände, die Ausländerbeauftragte, der Zuwanderungsausschuss und die Moderatorinnen der weitergeführten Arbeitskreise vertreten sein sollten. Zweimal pro Jahr sollte ein ‚Forum Zuwanderungskonferenz‘ mit Akteuren der interkulturellen Arbeit den Prozess begleiten und beraten.

Der besondere Akzent des Solinger Modells liegt in der Forderung nach ‚interkultureller Kompetenz‘, die in allen Bereichen der Verwaltung mehr und mehr Realität wird. Zu den besonderen Maßnahmen der Arbeitsbereiche gehören:

- Die Umsetzung von Mehrsprachigkeit in den Stadtämtern (der mobile Übersetzungsdienst arbeitet schon seit 1988 erfolgreich), Erhebung von Kompetenzen im Gesundheitsbereich;
- Die Gesundheitskonferenz, wie überhaupt die Wahrnehmung dieses Bereiches als einen sensiblen Bereich der Migration;
- Das besondere Schwergewicht auf den Bereich der Jugend bezogen auf Arbeit und Ausbildung, Bildung eines Beratungsnetzes mit Beteiligten und Betroffenen;
- Der Ausbau von Beteiligung in der Wohn- und Wohnumfeldverbesserung durch z.B. die Förderung von Bewohnerbeiräten und Nachbarschaftsvereinen;
- Die Berücksichtigung der Bedeutung des muttersprachlichen Unterrichts.

3 Schlussfolgerungen für die Kommunen und eine auf Migration orientierte Stadtentwicklungspolitik

Für beide Kommunen war die Überzeugung, dass Migration eine unabwendbare Zukunftsaufgabe ist, ausschlaggebend für die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes zur Integration der Zuwanderer und die Teilhabe an der Entwicklung der Stadt. Beide Städte sehen darin nicht nur eine Aufgabe, sondern eine Chance für die Zukunft der Stadt. Unabhängig sind Personen, die diese Aufgabe engagiert übernehmen wollen – sowohl in der Verwaltung als auch in den Institutionen, den Vereinen und in den Quartieren.

Aber: allein durch freiwilliges Engagement und das Erfüllen von Pflichten kann es keine wesentlichen Änderungen geben, nur vereinzelte Erfolge. Beide Prozesse zeigen, dass es Parteien übergreifende Abmachungen und Voraussetzungen geben muss und strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, unter denen solch ein Prozess erfolgreich sein kann. Es braucht:

- einen *Ratsbeschluss* zur Erarbeitung und fortlaufenden Entwicklung einer ‚Agenda Integration‘ als Grundlage;
- einen *Sozial- bzw. Integrationsbericht*, der die Situation der Zugewanderten und ihre

Integrationsbedingungen darstellt und über fortlaufende Veränderungen detailliert informiert;

- ein *Leitbild*, in dem grundlegende Prinzipien und Ziele festgehalten sind, wichtige Elemente dieses Leitbildes sollten sein:
 - Integration als gegenseitiger, demokratischer Prozess,
 - Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und Chancengleichheit,
 - Akzeptanz und Verständnis für unterschiedliche Herkünfte, Lebensstile und Anerkennung von Handlungskompetenz sowie das
 - Recht auf Selbstbestimmung und damit Respekt vor eigenethnischen, kulturellen und religiösen Lebensformen, abweichend von der Mehrheitsgesellschaft, als friedliches ‚Nebeneinander‘;
- die Formulierung von zentralen *Handlungsfeldern und Konzeptbausteinen* im Rahmen eines Querschnittskonzeptes interkultureller Öffnung und Sensibilisierung der Gesamtstadt, das die zentralen Bereiche Arbeiten, Wohnen, Ausbilden etc. umfasst, um strukturelle Diskriminierung zu beseitigen und abzumildern.

Abschließend einige Thesen zur Weiterentwicklung und Umsetzung kommunaler Migrations- und Integrationspolitik, gegen die Heraufbeschwörung von Parallelgesellschaften:

1. Die ethnisch gestellte Frage nach Parallelgesellschaften sollte als Frage der sozialen Segregation aufgeworfen werden und die Stabilisierung der sozial benachteiligten Quartiere, ihre soziale Integration in die Gesamtstadt verfolgt werden, ohne sie als ‚Ghettos‘ oder ‚Ausländerviertel‘ zu stigmatisieren; sie leisten bereits erhebliche Integrationsaufgaben für die Stadt, auch Dank ihrer aktiven ausländischen Bewohner.
2. Für eine zukunftsbeständige, nachhaltige Stadtentwicklung, die von der Gesamtstadt ausgeht und die benachteiligten Quartiere stabilisierend integriert, sollte jede größere Stadt Zuwanderung, die Integration von Zuwanderern und interkulturelles Zusammenleben als Querschnittsaufgabe begreifen, und dazu eine Agenda oder ein interkulturelles Gesamtkonzept erarbeiten und prozesshaft umsetzen.
3. Jede Stadt muss, aufbauend auf einer sorgfältigen Ressourcen- und Defizitanalyse, ihr eigenes interkulturelles Gesamtkonzept erarbeiten. Dies muss von oben, per Ratsbeschluss oder per Auftrag politisch gewollt und von den Parteien mitgetragen werden.
4. Eine Erfolg versprechende Erarbeitung eines ‚Integrations-Konzeptes‘ muss als partizipativer und diskursiver Planungsprozess angelegt werden, außer Politik und Verwaltung sollen die VertreterInnen der nicht-städtischen Institutionen und Akteure sowie die VertreterInnen der Zuwanderer und ihrer Vereine aktiv eingebunden sein; unverzichtbar ist die für Planung und prozesshafte Steuerung verantwortliche Koordinations- oder Steuerungsgruppe.
5. Tragfähige interkulturelle Gesamtkonzepte müssen in ihrem Ergebnis möglichst konsensuelle positive Leitziele und handlungsübergreifende Querschnittsaufgaben formulieren; die interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung aller Behörden, Dienste und Einrichtungen bildet dabei die zentrale Querschnittsaufgabe.

6. Tragfähige kommunale interkulturelle Gesamtkonzepte bedürfen der politischen Legitimierung durch einen Ratsbeschluss, der neben Zielen und Prinzipien einen konkreten Umsetzungsauftrag an die Verwaltung umfasst, ein geregeltes Umsetzungsverfahren mit definierten Umsetzungsverantwortlichkeiten sowie eine gesicherte regelmäßige Berichterstattung als Umsetzungskontrolle und zur prozesshaften Weiterentwicklung des interkulturellen Gesamtkonzeptes.
7. Auch wenn neue Potenziale mobilisiert werden können, so ist der Prozess und vor allem die Umsetzung nicht kostenneutral, nachhaltige und zukunftsbeständige Stadtentwicklungspolitik geht nicht ohne Ressourcen; professionelles Projektmanagement, Drittmittelwerbung und Personal- und Mittelumschichtungen im Rahmen vorhandener Ressourcen sind ein Teil möglicher Lösungen; Land und Bund sollten aber durch finanzielle Förderungen honorieren, dass es die Städte sind, die die Hauptintegrationsleistung für das Land erbringen.

Anmerkungen

- 1 Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, NRW, vgl. <http://www.raa.de>
- 2 Am 29. Mai 1993 wurde in Solingen ein Brandanschlag auf ein Haus mit Menschen türkischer Abstammung verübt, fünf Menschen starben. Der Anschlag hatte einen rechtsextremistischen Hintergrund, vier Täter wurden zu Haftstrafen verurteilt.

Bibliografie

- di Bernardo, Luigina (2001): *Interkulturelles Gesamtkonzept der Stadt Solingen*. In: Wolf, Judith; Meißner, Volker (Hrsg.): *Integration oder Parallelgesellschaft? . Dokumentation eines Fachgesprächs der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“*. Essen, 33-46 (im Internet verfügbar unter: www.die-wolfsburg.de/integration.pdf)
- Isoplan Consult (Hg.) (2002): *Essen macht Ernst - Gesamtkonzept zur interkulturellen Orientierung; Interview mit Helmuth Schweitzer*. In: AiD (Ausländer in Deutschland), Heft 4/2002, 18. Jg (im Internet verfügbar unter: <http://www.isoplan.de/aid>)
- Krummacker, Michael (1999): *Agenda interkulturelle Stadtpolitik; Das ‚Essener Modell‘ zur Konzeptionsentwicklung und Empfehlungen zur Übertragung; Schlussbericht der Begleitforschung im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen*. In: Wohlfahrt, Norbert (Hg.): *FESA-Transfer; Beiträge zur Entwicklung der sozialen Arbeit Band 7*. Bochum
- Krummacker, Michael/Waltz, Viktoria (2002): *Interkulturelle Stadtpolitik – Best Practice Modelle: Interkulturelles Gesamtkonzept Stadt Solingen – ‚Vision Zusammenleben 2010‘; Schlussbericht der Beratung und Begleitung im Auftrag der Stadt Solingen*. In: Wohlfahrt, Norbert (Hg.): *FESA-Transfer; Beiträge zur Entwicklung der sozialen Arbeit*. Bochum
- MASSKS (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW) (Hg.) (2000): *NRW Agenda 2000; Neue Wege interkultureller Stadtpolitik: Das ‚Essener Modell‘*. Neuss
- Stadt Solingen (2001): *Ratsvorlage vom 13.12.2001. Solingen Studienprojekt A 13 (2002/2003): Migration in der Sozialen Stadt – Stadt Essen - Die Multikulturelle Gesellschaft am Jahnplatz in Essen-Altendorf. Abschlussbericht*
- Waltz, Viktoria (2002): *Migration und Stadt: best practice Beispiele in Nordrhein-Westfalen*. In: Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (Hg.): *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft; Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Opladen, S. 147-164*